



Spitalsbetten erhalten: KPÖ erhöht Druck im Landtag

LAbg. Werner Murgg (KPÖ): „Abbau von Betten ist die falsche Antwort auf den massiven Rückstau im Gesundheitssystem“

Der steirische Landtag diskutierte am 9. Juni über die Zukunft der Gesundheitsversorgung. Lange Wartezeiten auch bei lebenswichtigen Eingriffen, ein massiver Abbau von Betten und Abteilungen, steigender Druck auf das Personal sowie fehlende Transparenz sind seit Jahren die Realität in den Spitälern. KPÖ-LAbg. Werner Murgg zeigte auf, wie wichtig eine dichte und dezentrale medizinische Versorgung ist und welche Konsequenzen weitere Schließungen hätten.

Fast alle Parteien sind sich einig, dass in den Krankenhäusern weitere Betten abgebaut werden müssen. Sie sagen aber nicht dazu, dass schon jetzt die Wartezeiten viel zu lang sind, wodurch sich die Prognosen von Betroffenen deutlich verschlechtern. Jahrzehntelang verlangten neoliberale Politiker und Politikerinnen, meist unter dem Einfluss privatwirtschaftlicher Interessen, eine Senkung der Anzahl an (Intensiv-)Betten in Österreichs Krankenhäusern.

Der „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“



Foto: Alina Reimelt

sieht die Reduktion von 800 Spitalsbetten in den steirischen Spitälern bis zum Jahr 2025 vor. Im Bezirk Liezen sollen durch die Schließung der bestehenden Krankenhausstandorte in Rottenmann, Bad Aussee und Schlading zulasten des Spitalneubaus in Stainach-Pürgg mehr als 100 Betten eingespart werden. Insgesamt will die Landesregierung 800 Betten in der Steiermark streichen.

Länder mit dezentraler und dichter Versorgung sind besser durch Krise gekommen als jene, die hier „gespart“ haben. Eine Studie zeigt, dass wir bei Intensivbetten Platz 2 belegen – 28,9 Betten pro 100.000 Einwohner.

Schlusslicht ist Italien mit 8,6 Betten. Nur wer über ausreichende Kapazitäten verfügt, ist gegen eine Pandemie gerüstet. Auch Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker rief auf, nicht nur auf Einsparungen zu schauen, es gehe vor allem um den Nutzen für die Bevölkerung.

„Zuerst brauchen wir mehr Personal und Vorsorgeeinrichtungen. Von 100 Gesundheitszentren war noch vor wenigen Jahren die Rede. Davon sind wir aber weit entfernt. Deshalb ist es fahrlässig, jetzt die Schließungen von Abteilungen und den Abbau von Betten voranzutreiben“, argumentierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der Debatte.

KOMMENTAR



Claudia Klimt-Weithaler
Klubobfrau der KPÖ
im Landtag Steiermark

Gesundheit muss etwas wert sein!

Um Kapazitäten freizuhalten und um Personal zu schützen, wurde am Höhepunkt der Corona-Welle die medizinische Versorgung auf ein Minimum reduziert. Es war auch vorher nicht ungewöhnlich, dass es für wichtige Eingriffe extrem lange Wartezeiten gibt.

Deshalb ist es völlig unverständlich, dass Spitallandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) an den Plänen festhält, 800 Betten „einzusparen“ und mehrere Spitäler zu schließen. Dieses blinde Festhalten an Konzepten aus der Vergangenheit ist nach den aktuellen Erfahrungen noch weniger nachvollziehbar.

Statt über Bettenabbau zu diskutieren, müssen die Wartezeiten reduziert werden. Das wird mit weniger Betten nicht gelingen. Unser Gesundheitssystem braucht mehr Personal und vielerorts auch bessere Arbeitsbedingungen. Gesundheit muss uns etwas wert sein. Darüber sollten wir diskutieren, nicht immer nur über Schließungen und Kürzungen.

Claudia Klimt-Weithaler

INHALT

Corona-Krise Seite 2

Gemeinderats-
wahlen 2020 Seite 4

KPÖ möchte 500 Euro Corona-Bonus für Beschäftigte in Krankenhäusern

Die im Gesundheits- und Pflegebereich Beschäftigten halten in der Zeit der Corona-Pandemie das System unter erschwerten Bedingungen am Laufen. Dafür verdienen sie ein deutliches Zeichen der Anerkennung. Nach dem Vorbild Oberösterreichs und Tirols möchte die KPÖ auch in der Steiermark eine Prämie in der Höhe von 500 Euro. SPÖ und ÖVP stehen aber auf der Bremse.

Von der Krankenhausküche bis zu Ärztinnen und Ärzten: Alle, die nicht unter eine andere Prämienregelung fallen, sollten diese Zahlung erhalten. Auch in Niederösterreich wurde inzwischen eine ähnliche Regelung getroffen. Da derzeit auch auf Bundesebene Verhandlungen über eine Prämie für alle, die in der Corona-Krise unter erschwerten Bedingungen arbeiten, geführt werden, verträsten ÖVP und SPÖ in der Steiermark auf diese Gespräche. Allerdings ist offen, ob diese überhaupt zu einem positiven Abschluss kommen.

Die Corona-Krise war für die Steiermark insgesamt, aber vor allem für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Gesundheits- und Pflegebereich, eine große Herausforderung.

„Die tausenden MitarbeiterInnen, die in dieser schwierigen Zeit das System am Laufen gehalten haben, verdienen ein deutliches Zeichen der Anerkennung und des Dankes, jenseits von reinen Lippenbekenntnissen“, betont KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Nach dem Vorbild Oberösterreichs und Tirols soll es daher auch in der Steiermark eine Prämie für alle Beschäftigten in steirischen Krankenhäusern, in Altersheimen und bei den mobilen Diensten geben. Besonders wichtig ist, dass alle Mitarbeiterinnen im Gesundheits- und Pflegebereich diese Prämie erhalten und dass nicht zwischen Berufsgruppen unterschieden wird. Von der Krankenhausküche bis Pflegekräften und ÄrztInnen: Alle haben diese Prämie verdient!

In ihrem Gegenantrag zum Vorschlag der KPÖ fordern SPÖ und ÖVP von der Landesregierung, eine Prämie „sicherzustellen“ und mit dem Bund über eine gemeinsame Finanzierung aus dem Corona-Pflegefonds „Gespräche aufzunehmen“. Die KPÖ stimmte auch diesem Antrag zu, da er dem Anliegen nicht entgegensteht, aber zu unkonkret formuliert ist.



ZITATE



Spitalslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP), im April 2020 im Interview mit der Tageszeitung Die Presse: **„Wir sind in einer Ausnahmesituation und können uns glücklich schätzen, so viele Betten zu haben. [...] Trotzdem muss man in Zukunft das Thema Betten diskutieren.“**

FPÖ-Chef Norbert Hofer zu „Pflege Professionell“: Zur Sicherung der Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens, **„gehört beispielsweise der Abbau von Akutbetten. Österreich leistet sich fast doppelt so viele Betten wie der EU-Schnitt.“**

Günther Dörflinger, Aufsichtsratschef der KAGes und früherer SPÖ-Landesrat, zu den steirischen Spitalärzten: **„Wir müssen den Reformprozess weitertreiben. Stehen zu bleiben wäre fatal.“** Kleine Zeitung, 14.5.2020

„Über- und Fehlversorgung beheben – Die Grünen fordern eine sachlich fundierte Reduktion von Spitalsbetten.“ – Webseite der Grünen Ärztinnen und Ärzte.

NEOS-Gesundheitssprecher Gerald Loacker kritisierte in einer OTS-Aussendung, dass **„durch überzählige Spitalsbetten finanzielle Mittel verschwendet werden.“** – „In den Krankenhäusern wird Geld von Steuerzahlern in Milliardenhöhe vernichtet.“

2010 sagte der FPÖ-Politiker Georg Mayer, seit 2014 im EU-Parlament, dass für ihn **„auch die Spitalsstandorte der KAGes kein Tabu [sein], ohne Spitalschließungen werde es letztendlich nicht gehen.“**

Für Kinderbetreuung ohne soziale Hürden! Ankündigungen der Landesregierung haben sich in Luft aufgelöst

Ander als in Kindergärten gibt es bei der Betreuung von Kindern bis drei Jahren keine soziale Staffelung der Tarife. Dadurch besteht für Eltern mit geringem Einkommen eine große finanzielle Hürde. Entgegen bisheriger Ankündigungen hält die steirische Landesregierung nun an der finanziellen Hürde fest, kritisiert die KPÖ.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hat sich immer wieder für die Einführung einer Sozialstaffel in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen eingesetzt. Auch der Leobener KPÖ-LAbg. Werner Murgg kämpft

in seiner Stadt für eine Staffelung der Tarife. Dabei wurde von Seiten von ÖVP und SPÖ immer wieder darauf verwiesen, dass die Sozialstaffel im Arbeitsprogramm der Landesregierung geplant ist. LH Schützenhöfer und die zuständige Landesrätin Bogner-Strauß haben wiederholt Zusagen gemacht, die soziale Staffelung der Tarife einzuführen.

Seit kurzem liegt eine Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der KPÖ auf Einführung einer Sozialstaffel in allen steirischen Kinderbetreuungseinrichtungen vor. Darin wird dem Anliegen eine Absage erteilt. Landesrätin Bogner-Strauß verweist darauf,

dass Familien, die weniger als 800 Euro (!) im Monat verdienen, monatlich bis zu 66 Euro Unterstützung bekommen können.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: **„Es ist enttäuschend, dass eine Zusage der Landesregierung nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben steht. So können sich nur Eltern mit höheren Einkommen eine hochwertige Kinderbetreuung leisten, Entscheidungsfreiheit gibt es keine. Wenn dem Land alle Kinder gleich viel wert sind, müssen auch alle den gleichen Zugang zu Betreuungsangeboten haben.“**

Steuerprivilegien für Internet-Riesen streichen!

**Werner Murgg (KPÖ):
„Heimischer Handel
darf nicht benachteiligt
werden“**

Es ist erfreulich, dass die Geschäfte in Österreich wieder geöffnet haben. Der entstandene Schaden ist enorm, da viele auf internationale Internetriesen ausgewichen sind, um online Einkäufe zu tätigen. Die

KPÖ fordert, diesen Konzernen endlich ihre steuerlichen Privilegien gegenüber dem heimischen Handel zu entziehen.

Der Handelskonzern Amazon hat zuletzt Steuern „im Promille-Bereich“ (Die Presse) bezahlt. Abgaben, die dazu dienen sollten, Steuergerechtigkeit herzustellen, wurden umgehend auf Zulieferer abgewälzt. EU-weite Vorstöße haben sich als illusorisch erwiesen. Deshalb ist es jetzt an der

Zeit, dass Österreich zum Schutz der Versorgung der Bevölkerung und der Handelsangestellten endlich Maßnahmen setzt, um die von Steuerparadiesen aus agierenden Konzerne mit heimischen Unternehmen gleichzustellen.

Ähnliches gilt auch für internationale Anbieter von Internetdiensten, die riesige Umsätze machen, aber in Österreich kaum Abgaben leisten.

Höheres Arbeitslosengeld Gebot der Stunde!

Im Landtag stimmte die SPÖ wieder einmal gegen ihre eigene Forderung

Die Coronavirus-Pandemie hat die Arbeitslosenzahlen in Österreich auf einen historischen Höchststand anwachsen lassen. In der Steiermark wa-

ren Hunderttausende in Kurzarbeit oder arbeitslos.

Wer arbeitslos wird, kann für einen kurzen Zeitraum (abhängig von Beitragsleistungen und –dauer) volles Arbeitslosengeld beziehen. Dieses beträgt in Österreich aber nur ca. 55 Prozent des letzten Bezugs. Deshalb hat sich die KPÖ im Landtag dafür eingesetzt, das Arbeitslosengeld auf 70 % anzuheben. Miete, Strom und Heizung werden schließlich nicht auch um die Hälfte billiger.

Eine Mehrheit für diesen Antrag kam schließlich nicht zustande. Zustimmung kam von FPÖ und Grünen, während die SPÖ entgegen der Linie, die sie auf Bundes- und Gemeindeebene vertritt, gegen die Erhöhung des Arbeitslosengeldes stimmte.

„Die Nettoersatzrate soll von 55 auf 70 Prozent erhöht werden“, ist auf der SPÖ-Webseite achzulesen. In der Steiermark scheint das nicht zu gelten. Die SPÖ-Abgeordnete Helga Ahrer, die zuvor im Leobener Gemeinderat für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent gestimmt hatte, versuchte sich mit einem zahnlosen Gegenantrag aus der Affäre zu ziehen. Wie so

oft stimmte die SPÖ im Landtag gegen eine von ihr selbst erhobene Forderung.

„Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist das Gebot der Stunde. Viele, die ohne Vorwarnung auf 55 Prozent des letzten Gehalts zurückfallen, haben größte Schwierigkeiten, ihre Lebenskosten zu decken. Der steirische Landtag sendet dadurch das falsche Signal an die Bundesregierung. Es ist letztklassig und der Sozialdemokratie unwürdig, mit solchen inhaltsleeren Anträgen einer Entscheidung auszuweichen“, kritisierte KPÖ-LAbg. Werner Murgg das Verhalten der SPÖ.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund verweist auf die Notwendigkeit einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes: „In Österreich ist das Arbeitslosengeld im Verhältnis zum letzten Nettoeinkommen mit 55 Prozent aber auch international relativ niedrig. Arbeitslose Menschen sind jetzt und waren auch vor der Corona-Krise stark armutsgefährdet. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag 2018 monatlich bei ca. 960 Euro, das ist deutlich unter der Armutsgrenze von 1.259 Euro.“

Mehr Pausen für Beschäftigte, die Masken tragen müssen

Beschäftigte, die in Ausübung ihres Berufs länger eine Maske tragen müssen, klagen oft über die Belastung, die dadurch entsteht. Die KPÖ fordert deshalb, den Betroffenen zusätzliche Erholungspausen einzuräumen.

Betroffene berichten von Sauerstoffmangel und Kopfschmerzen, besonders wenn die Temperaturen steigen. Bei körperlich

anstrengenden Arbeiten ist das ganztägige Tragen einer Maske zwar eine Schutzmaßnahme, aber auch eine zusätzliche Erschwernis.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Wer im Beruf eine Maske tragen muss, sollte zusätzliche Arbeitspausen bekommen. Es wäre sinnvoll, für solche Fälle mehr Erholungszeiten vorzusehen.“

WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

...dass an der chirurgischen Abteilung im LKH Deutschlandsberg keine unfallchirurgischen Eingriffe mehr vorgenommen werden. Anstatt die Bevölkerung darüber zu informieren und den Dialog zu suchen, zog es die Landesrätin vor, vor der Gemeinderatswahl nicht darüber zu sprechen. Claudia Klimt-Weithaler: „So kann man mit den Menschen nicht umgehen!“

...dass Demenz-Tagesstätten viel zu teuer sind. Diese Zentren arbeiten höchst professionell und entlasten Personen, die pflegebedürftige Angehörige betreuen. Die Landesregierung hat die Tagessätze mit Jahresbeginn enorm angehoben: Je nach Höhe der Pension und Pflegestufe bedeutet das eine Verteuerung auf bis zu 313 % des früheren Tarifs. Die KPÖ verlangt eine Neugestaltung der Tarife.

...dass im Mai 3.361 und im Juni 2.864 Personen ein Corona-Test angeboten wurde, nachdem sie das Gesundheitstelefon 1450 angerufen haben.

...dass im Aichfeld zu wenig gegen die massive Lärmbelastung durch Militärflughafen, Airpower, Eisenbahn und Red-Bull-Ring unternommen wird. Messungen haben ergeben, dass sogar eine geplante Kinderbetreuungseinrichtung verlegt werden muss. Auch bestehende Schulen (Volksschule und NMS) sind betroffen. Die KPÖ fordert, dass endlich wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden, um die Region wieder lebenswerter zu machen.

EHRlich GESAGT



Werner Murgg
Landtagsabgeordneter
der KPÖ Steiermark

Unser Gesundheitssystem ist bei weitem nicht so gut gerüstet, wie es gerne dargestellt wird. Die Corona-Pandemie war in Österreich nie außer Kontrolle, allerdings wurde das gesamte Gesundheitssystem auf ein Minimum reduziert. Das hat massive Auswirkungen auf die Gesundheit sehr vieler Menschen im Land. Viele wurden abgewiesen, obwohl sie eine Behandlung gebraucht hätten. Der Rückstau ist massiv. Darauf ist der Abbau von Betten die völlig falsche Antwort. Wir brauchen eine dezentrale, flächendeckende Versorgung für die ganze Steiermark. Deshalb ist es auch nötig, dass die Landesregierung von ihren nicht mehr zeitgemäßen Konzepten abrückt und sich endlich einer Diskussion stellt.“

Werner Murgg

Impressum/Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020
Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd.,
Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877
5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at
// DVR: 0600008
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag –
Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium
des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient
der Information der steirischen Bevölkerung im
Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale
Gerechtigkeit.
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen
Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung
und Demokratisierung des solidarischen
Sozialsystems und gegen die Privatisierung von
öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienst-
leistungen ein.

Gemeinderatswahlen stärken KPÖ

Am 28. Juni wählten die steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz neue Gemeinderäte. Der Urnengang hätte ursprünglich am 22. März stattfinden sollen, doch durch die sich anbahnende Ausbreitung der Corona-Infektionen wurde der Termin kurzfristig abgesagt und um drei Monate verschoben.

Trotz tausender ausgestellter Wahlkarten sank die Wahlbeteiligung von 73,4 % im Jahr 2015 auf 62,6 Prozent. Die ÖVP ist die größte Gewinnerin der Wahl, während die FPÖ die Hälfte ihrer Mandate verloren hat.

Für die KPÖ ist das Ergebnis erfreulich: Sie zieht in zwei Gemeinden neu ein und erreicht in Trofaiach einen zusätzlichen Sitz im Stadtrat. Dabei war die Ausgangslage nicht einfach. Zwar war durch das gute Abschneiden bei der Landtagswahl im November Rückenwind spürbar, durch den unterbrochenen Wahlkampf sowie die Verkleinerung einiger Gemeinderäte war aber unklar, ob eine Mobilisierung möglich sein würde. Dennoch konnte die KPÖ in sämtlichen Gemeinden, in denen sie zuletzt vertreten war, den Wiedereinzug sichern und in zwei Gemeinderäte neu einziehen: in der Bergstadt Rottenmann sowie in der 2015 aus dem Zusammenschluss von Veitsch, Wartberg und Mitterdorf entstandenen Gemeinde St. Barbara im Mürztal.

Eine Überraschung war die ÖVP-Mehrheit in Eisenerz. In

dieser symbolträchtigen Bergbaustadt konnte die ÖVP die auf 35 Prozent geschrumpfte SPÖ überholen. Die KPÖ, die erstmals seit Jahrzehnten ohne ihr 2015 verstorbenes Urgestein Karl Fluch einen Wahlkampf bestreiten musste, büßte über 5 % und damit auch das von Anna Skender bekleidete Amt der Vizebürgermeisterin ein. 14,2 % sind allerdings noch immer ein äußerst respektables Ergebnis.

In den meisten der 37 Gemeinden, in denen die KPÖ auf dem Stimmzettel zu finden war, konnten Zuwächse erreicht werden. In Summe sind es 39 Mandate in 19 Gemeinden, steiermarkweit macht das, Graz eingerechnet, etwa sechs Prozent der kommunalen Stimmen aus. Das ist umso erstaunlicher, als die steirische KPÖ im Jahr 2000 nur noch zehn Mandate halten konnte.

Erfolge in der Obersteiermark

Sensationell war das Abschneiden in Trofaiach, wo die KPÖ mit Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer sieben Mandate (+2 Mandate, 21,5 %) und einen zusätzlichen Sitz im Stadtrat erreichen konnte. Sehr stark hat die KPÖ in Leoben, der zweitgrößten Stadt der Steiermark, abgeschnitten. Sie legte mit Stadtrat Werner Murgg als Spitzenkandidat von 3 auf 5 Mandate zu (15,3 %), die KPÖ ist damit drittstärkste Partei in Leoben. In St. Michael in Obersteiermark gelang der Wiedereinzug ebenso wie in St. Stefan ob Leoben. In Niklasdorf reichten 3,9 % leider nicht für einen Sitz im Gemeinderat.

Stark auch das Abschneiden in der Mur-Mürz-Furche: In Knittelfeld konnte die KPÖ mit Stadträtin Renate Pacher wieder stark abschneiden (13,1 %), auch wenn eines der fünf Mandate verloren ging. In Mürzzuschlag konnte Franz Rosenblattl alle drei Mandate halten und das Ergebnis auf 13,4 % ausbauen.

In Bruck an der Mur konnte die KPÖ ein zweites Mandat erringen, in Kapfenberg beide Sitze verteidigen. Im weststeirischen Voitsberg gelang es, das Mandat bei deutlichen Stimmenzuwächsen abzusichern. Im Bezirk Graz-Umgebung konnten hingegen keine Mandate erreicht werden. Das gilt auch für einige andere Gemeinden, bei denen die KPÖ zum ersten Mal antrat.

Die steirische KPÖ hat nach zwanzig Jahren stetigen Wachstums in den Gemeinden gezeigt, dass konkrete Arbeit für die Menschen vor Ort Früchte trägt. „Uns ist kein Problem zu klein, dass wir nicht versuchen, eine Lösung zu finden“, heißt es bei der KPÖ.



Mit der alten und neuen Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer erzielte die KPÖ in Trofaiach als zweitstärkste Kraft 21,5 Prozent, sieben Mandate im Gemeinderat und zwei Sitze im Stadtrat. Die KPÖ erhielt fünfmal so viele Stimmen wie die FPÖ.



**SOZIAL.
GERECHT.
FÜR EUCH.**